

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 22 (1981)
Heft: 18

Artikel: Solidarnosc als Prügelknabe : trotz Medienkompromiss steigt in Polen das "Feindverständnis"
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094487>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Trotz Medienkompromiss steigt in Polen das «Feindverständnis»

Solidarnosc als Prügelknabe

Der Fernsehauftritt von Walesa und andern Solidarnosc-Vertretern in Warschau war zwar ein Ereignis, aber keine freiwillige Leistung des Regimes. Er hat verdeutlicht, dass Gewerkschaftler und Parteiführer einfach nicht das gleiche Thema haben. Diesen geht es um die Behebung der Bevölkerungsnotlage, jenen um die Bewahrung des Systems.



Es geht aufwärts.
(«Szpilki», Warschau, 23. 8. 1981)

In Polen ist der Kompromiss in der Medienfrage doch zustande gekommen. Der Druckerstreik vom August und die Ankündigungen langfristiger Streikaktionen gegen Presse, Radio und Fernsehen haben den Parteiapparat zum Einlenken gezwungen. In später Erfüllung der Danziger Vereinbarung vom 31. August 1980 hat man der Solidarnosc eine eigene Darstellung in den elektronischen Medien eingeräumt. Am Abend des 1. September konnten Lech Walesa und drei andere Arbeitersprecher vor der TV kurz, aber unzensiert sprechen. Damit erhielt Solidarnosc endlich die Gelegenheit, öffentlich auf die massive Verleumdungskampagne der Partei zu antworten.

Verantwortung ohne Zuständigkeit?

Die Solidarnosc macht geltend, dass Partei- und Staatsapparat nichts dazu getan haben, die Krise zu bewältigen, obwohl die Zuständigkeiten im sozialistischen System ausschliesslich bei ihnen liegen. Angesichts dieses Monopols sind die Angriffe auf die freien Gewerkschaften nichts anderes als der Versuch des Regimes, seine Unfähigkeit und seine Versäumnisse auf die Arbeiterschaft abzuwälzen.

Die Gewerkschaftler weisen die ihnen unterstellte Schuld an den Missständen zurück. Sie wollen nicht länger die Prügelknaben der Nation sein.

Was nicht heisst, dass Solidarnosc die Verantwortung scheut. Sie sucht sie vielmehr. Walesa hat das klargemacht. Wenn die Solidarnosc ihren Teil zur Krisenbewältigung beitragen soll, dann muss sie in die Lage versetzt werden, sich vor dem Volk Gehör zu verschaffen. Und sie muss entsprechende Kompetenzen haben. Ohne Befugnisse keine Verantwortung.

Was die praktischen Belange des gewerkschaftlichen Verhaltens angeht, hat sich Solidarnosc entgegen den anderslautenden Behauptungen der Regime-Propaganda durchaus massvoll verhalten:

- Am 26. August hat die Sektion Bergbau nach Verhandlungen mit einer Regierungskommission beschlossen, zusätzliche Arbeitsleistungen zu erbringen, insbesondere Samstagsarbeit und Ueberstunden. Dafür hat sich die Regierungsseite verpflichtet, die zusätzlich geförderte Kohle der Landwirtschaft, den Zuckerfabriken und dem privaten Haushaltverbrauch zuzuführen.

- Am 31. August sind die längst erwarteten drastischen Preiserhöhungen in Kraft getreten. Grundbedarfsgüter wie Milch, Brot, Fett usw. werden um 150 bis 400 Prozent teurer. Die Gewerkschaften haben das hingenommen. Mit dem Vorbehalt freilich, dass sich die Wirtschaftsreformen nicht auf blosse Preiserhöhungen beschränken dürfen.

Feindschelte für Partner

Leider zeigt es sich, dass das Regime diesen guten Willen aus innern und äussern Gründen gar nicht zur Kenntnis nehmen darf. Die offizielle Propaganda, die sich nicht in Gegensatz zur Propaganda aus den «Bruderländern» stellen will, hat ihre Kampagne gegen «konterrevolutionäre Aufwiegler» noch verstärkt.

Dem «Dialog» zwischen dem traditionellen Apparat und den Gewerkschaften (hinter denen das Volk steht) fehlt ohnehin insoweit die Echtheit, als er auf verschobenen Ebenen stattfindet. Wenn die Sorgen der Gewerkschaften der Lebensmittelkrise und der Armut gelten, so geht es der Parteileitung um die *Systembewahrung*. Sie sieht die Krisensymptome überall dort, wo die herkömmliche Machtstruktur bedroht ist, und

sie reagiert mit Feindbestimmung. Sie diagnostiziert «Umtriebe der imperialistischen Subversion», «antisozialistische Elemente» usw.

Angesichts der materiellen Krisenlage ist das übrigens eine im ideologischen Sinne völlig unkommunistische Reaktion, denn sie widerspricht frontal der marxistischen Grundthese, wonach das Sein das Bewusstsein bestimmt. Aber das ist ein Widerspruch, in welchem sich die institutionalisierten Kommunisten überall befinden.

Die lautlose Krisenförderung

Indessen hat die Verachtung der Partei für die unmittelbaren Anliegen der Bevölkerung sehr konkrete Hintergründe. Auf eine eigentliche Aussprache mit dem Volk ist sie tatsächlich solange nicht angewiesen, als sie die wichtigsten Machtmittel in den Händen hält. Dazu gehört die Beherrschung der Wirtschaft via das «Plan-system». Es sichert dem Apparat die Kontrolle über Produktion, Warenangebot, Handel und Güterverteilung.



Der Stil, der aufhören sollte. Das polnische Radio und Fernsehen holt sich die obligate Antwort. «Heute haben wir schönes Wetter.» («Szpilki», Warschau, 16. 8. 1981)



Die Einstellung des Regimes in der Medienfrage laut einer Karikatur der katholischen Zeitung «Tygodnik Powszechny», Krakau: «Reden wir als Polen zu den Polen.» (30. 8. 1981)

Und nun wird eben jetzt mit Hilfe dieses Monopols die Versorgungskrise lautlos geschürt.

- Man unterbindet Lieferungen von vorhandenen Konsumgütern an die Bevölkerung.

- Man gibt leichtverderbliche Konsumgüter absichtlich der Vernichtung preis.

- Man stockt dauerhafte Konsumgüter auf, damit man nach einem Gewaltakt gegen die Gewerkschaften sofort grössere Warenmengen auf den Markt werfen kann, um so die Sympathie der Bevölkerung zu erkaufen.

In diesem Zusammenhang sind die gezielten Drohungen in der laufenden öffentlichen Verleumdungskampagne durchaus ernst zu nehmen. Wenn etwa der Vize-Innenminister Wladyslaw Pozog (er ist Chef der Gegenspionage im Sicherheitsdienst) von der «wachsenden Subversion der imperialistischen Agenturen» spricht, so ist das zwar inhaltlich lachhaft, kann aber nicht als Verfolgungswahn abgetan werden. Man sucht den Vorwand zur Auslösung einer Terrorwelle, und solche Auftritte haben immer zuverlässig als Auftakt dazugehört.

Neuerdings ist man dazu übergegangen, die Armee im Bergbau einzusetzen. Aber in Polen glaubt niemand, dass das eine Massnahme zur Behebung der Wirtschaftskrise sei. Vielmehr ist man davon überzeugt, dass das Regime damit den militärischen Einsatz gegen einen Streik der Bergleute vorbereitet.

Zu Besuch in Polen war der sowjetische General Alexej Jepischew, Chef der politischen Abteilung der Sowjetstreitkräfte und damit oberster Politiker der UdSSR; Gesprächsthema war die «Rückkehr zu den Prinzipien des Marxismus-Leninismus». Moskau bleibt bei seiner Forderung, die es im Juni der polnischen Partei in seinem offiziellen Brief übermittelt hat. Und verlangt die Ausführung des Befehls. Mit diesen oder andern Mitteln. gd

Das Dokument

Was denken Sowjetoffiziere?

Im sowjetischen Offizierskorps gibt es «keine politische Opposition». Aber einige seiner Vertreter haben «seit Afghanistan» angefangen, sich eigene Gedanken zu machen und Unzufriedenheit zu äussern.

Zu diesem Schluss kommt ein Briefschreiber aus der Sowjetunion, dessen Stimmungsbild die russischsprachige Zeitschrift «Possev» (Frankfurt) in ihrer Augustnummer veröffentlicht hat. Sie gibt die Initialen ihres Korrespondenten mit B. Tsch. an; das Schreiben ist vom Februar 1981 datiert.

Sowenig wie bei irgendeiner andern gesellschaftlichen Gruppe gibt es unter den Offizieren unserer Armee einen psychologischen Einheitszustand. Wie die vorhandene Unterschiedlich-

Aus dem SOI

Die SOI-Bilanz, auf die wir hier auch schon hingewiesen haben, entstand 1975 aus einer Idee: jeden Monat sollten Beurteilungen und Schlussfolgerungen, die sich aus der Beschäftigung des SOI mit der internationalen Politik ergeben, festgelegt werden. Im Bestreben, auch den mit Information überlasteten Zeitgenossen eine monatliche Kurzanalyse der Weltlage zu bieten. Auf vier Seiten. In einer Form, die von den «flatternden Briefen» verschiedenster Provenienz sauber abstechen sollte.

Der Erfolg ist erfreulich: 1976 hatten wir 866 Abonnenten, 1977 deren 984, das Jahr darauf (wir konnten nicht werben) 985 — just ge-

auch, gegen wen dieser Krieg *tatsächlich* ausgetragen wird.

Demzufolge trifft man schon auf Offiziere, die im Gespräch untereinander offen ihrem Erstaunen über diesen Krieg Ausdruck geben. Oder sogar direkt sagen, dass sie mit einem solchen Krieg nicht einverstanden sind.

Nicht anders als Soldaten haben auch Offiziere Angst davor, nach Afghanistan geschickt zu werden, und suchen Wege, dem zu entgehen. Bei diesen Leuten weckt der afghanische Feldzug keinerlei patriotisches Hochgefühl.

Wie ist die Stimmung hinsichtlich einer möglichen Invasion Polens? Auch hier beginnt sich eine gewisse Ernüchterung kundzutun. Wer unter den Sowjetoffizieren zu denken angefangen hat, glaubt nicht daran, dass sich die Polen einfach kampfflos ergeben werden. Auch würde es hier schon nicht mehr darum gehen, ferne und «wilde» Afghanen zu unterdrücken, sondern ein verwandtes Volk. Auch diese Aussicht weckt innere Widerstände. (*Hier sieht man, welches ethnische Kriterium das massgebliche ist; für die sowjetischen Völker des Kaukasus wären schliesslich auch die Afghanen ein «verwandtes Volk» — aber das zählt offenbar nicht in sowjetischen oder hier tatsächlich russischen Offizierskreisen. Anm.*)

Im Zusammenhang mit Polen ist es interessant zu beobachten, was für Gerüchte aufkommen. Gemäss einer Version, die herumgereicht wird, hat man die Invasion Polens gerade wegen jener inneren Widerstände unter den sowjetischen Offizieren hinausgeschoben. Laut einer andern Version existiert ein Plan, die Armee zu einer Berufarmee zu machen, mit einem gutbezahlten Mannschaftsbestand. Es geht nicht um die inhaltliche Richtigkeit oder Unrichtigkeit solcher Gerüchte, sondern darum, dass sie getreulich die psychische Instabilität widerspiegeln, die sich bei einem bestimmten Teil unserer Militärs verbreitet hat.

Wie sich solche psychopolitischen Veränderungen im Denken unserer Offiziere weiter äussern werden, lässt sich vorerhand nicht sagen. Die Machthaber versuchen, unsere Militärs beruflich wie politisch isoliert zu halten. Viel hängt davon ab, ob ein Durchbruch aus der Isolation gelingt.

keit zum Ausdruck kommen kann, ist freilich eine andere Frage; es kommt auf das Handeln der Instanzen an, welche die Macht innehaben. Eine Zuspitzung ist jeweilen dann zu erwarten, wenn unsere Behörden für ihre internationalen Pläne die Streitkräfte einsetzen, sie aber dann in die Sackgasse führen statt zum Triumph. Und das ist die Lage, in der wir uns heute befinden.

Gewiss handelt es sich bei unsern Offizieren zum vielleicht grösseren Teil einfach um Berufsmilitärs, die sich nur für ihre persönlichen Belange interessieren, gleichgültig gegenüber andern Dingen. Solche Leute akzeptieren die politische Linie der Machthaber ohne sonderliches Nachdenken. Wenn man sie heute nach Polen schicken sollte, würden sie diszipliniert das erfüllen, was ihnen ihre militärische Pflicht zu sein scheint.

Anderserseits ist in den letzten Monaten unter unsern Offizieren immer häufiger auch Unzufriedenheit zum Ausdruck gekommen. Sie gilt sowohl dem Zustand in der Armee als auch den Aufgaben, die ihr von den Machthabern aufgezungen werden. Das ist noch keine politische Opposition; aber die Leute beginnen sich Gedanken zu machen. Die Mentalität hat eine Veränderung erfahren, und den Anstoss dazu gab die afghanische Erfahrung.

Warum es unerlässlich sei, unsere Truppen nach Afghanistan zu schicken, hat man uns mit blosen Propagandaschablonen erklärt: Die Notwendigkeit «brüderlicher Hilfe» angesichts der amerikanischen und chinesischen Agenten des Imperialismus, die uns bedrohten, usw. An Komsomolversammlungen in den Militärakademien hat man dem Offiziersnachwuchs tatsächlich dargelegt, unsere Kämpfer in Afghanistan seien im Begriff, die ruhmreiche Heldentat von Matrosow zu wiederholen. (*Matrosow opferte im Zweiten Weltkrieg sein Leben, als er das ihm anvertraute Geschütz mit seinem Körper gegen feindliches MG-Feuer deckte. Anm.*)

Nun aber gelangen Informationen über die wirkliche Lage in Afghanistan bis zur Truppe in der Sowjetunion selbst, und die Konfrontation mit der Realität hat Skepsis ausgelöst. Man vernimmt von getöteten Offizieren und von den grausamen Kriegsmethoden. Und man erfährt

nug, um auf die *andauernd* steigende Abonnementzahl hinweisen zu dürfen. Dann kam der Durchbruch: 1979 bezogen 1179 die SOI-Bilanz, 1980 schon 1671, und jetzt sind es 1930 Persönlichkeiten.

Wir bleiben bei den vier Seiten monatlich. Aber wir haben unsere Leistung mit sporadischen Beilagen ausgebaut. Im September erscheint als solche Beilage eine *Untersuchung über die strategisch bedeutsamen Metalle*, von denen wir ebenso abhängig sind wie von der Energie, über die wir Anfang Jahr schon drei Beilagen veröffentlicht haben. Wir hoffen, auch dank diesen zusätzlichen Leistungen, bald die Zahl von 2000 treuen Abonnenten überschreiten zu können.

Treue hier misst sich an den Abbestellungen — Gradmesser dafür, ob das Produkt gefällt. In den ersten drei Jahren hatten wir 6 bis 8 Prozent Sistierungen, jetzt sind es nur noch 4 bis 5 Prozent. Ein ermutigender Erfolg! ■